

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

11. September 2013

Bahnlärm: Alles wird gut? Nicht wirklich!

Pro Rheintal stellt Auswertung des Politikfragebogens vor

Die gute Nachricht ist, dass sich alle Parteien weitgehend hinter die Forderungen der von Bahnlärm betroffenen Menschen stellen, und das sind inzwischen alle Rheintalanwohner, wie das Bürgernetzwerk Pro Rheintal betont. Denn der Bahnlärm belastet die gesamte Region mit vielfältigen Auswirkungen auf Gesundheit, Immobilienwerte, Wirtschaft und Infrastruktur. Bereits vor einigen Monaten hatte Pro Rheintal den Fragebogen an die Parteien, Bundestagsfraktionen und Abgeordneten verschickt und darin gefragt, welche konkreten Schritte und Maßnahmen man im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Wahl umsetzen wolle. Das Ergebnis liegt jetzt vor und ist insofern erfreulich, als dass alle Parteien Bahnlärm als ein vordringliches Problem im Rheintal ansehen und die zentralen Forderungen der Initiativen weitgehend unterstützen.

Durch die konsequente Aufklärungsarbeit des Bürgernetzwerks, das sein Wissen in zwei Kompendien zusammengefasst hat, ist inzwischen jede Politikerin und jeder Politiker über die wichtigsten Maßnahmen und Wege der Lärmreduzierung informiert. Damit besteht erstmals ein großer und übergreifender Konsens zu diesem Thema.

Das versprechen Politiker zum Thema Bahnlärm:

- Umrüstung der Güterwaggons
- Lärmabhängige Trassenpreise
- Innovative Lärmschutzmaßnahmen an den Gleisen
- Aufstockung der Budgets für Lärmsanierung
- Abschaffung des Schienenbonus in 2015

„Allein die Umsetzung dieser Maßnahmen wäre bereits ein großer Erfolg, denn dies würde die lauten Güterzüge so leise wie Personenzüge werden lassen“, sagt Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross. Allerdings gebe es hierzu zwei entscheidende Einschränkungen. Zum einen sei dies der Zeitpunkt der Umrüstung und Umsetzung, zum anderen sei man nach wie vor nicht bereit, den Bürgern einen rechtlichen Anspruch auf Lärmschutz und damit auch auf Nachtruhe zu gewähren.

Begründet werde dies seit 40 Jahren damit, dass der Anspruch in kurzer Zeit nicht umzusetzen und zu garantieren sei. Entsprechend verharre man auf dem Schutzrechtlevel von 1974 mit katastrophalen Folgen für Land und Leute. Bahn und Betreiber fehle die Motivation, sich intensiv mit Lärmschutz zu beschäftigen und Budgetmittel dafür bereitzustellen, weil Politiker es versäumten, Bürgern hier klare Rechte einzuräumen und die Grenzwerte der Belastung an den heutigen Stand des Wissens und der Technik anzupassen.

Nach Auffassung von Pro Rheintal ist die Dringlichkeit des Problems zwar allen bewusst, wird aber dennoch ignoriert, denn der Schwarze Peter läge ja bei den Bürgern. Ändern könne sich das nur über eine Gesundheitsstudie, durch die Grundrechte aktiviert würden, indem sie schwarz auf weiß belegt, wie viele Menschen durch Bahnlärm krank werden und sterben und was das Ganze den Staat, das Land, die Region und die Betroffenen kostet.

Die Dringlichkeit sei für jeden, der zwei und zwei addieren könne, offensichtlich, denn es gäbe ja bereits ähnliche Studien an Flughäfen, in denen die dramatischen Folgen aufgezeigt werden, und das bei Lärmwerten, die nur rund ein Drittel der im Rheintal gemessenen Werte ausmachten. Das sei ein Unterschied wie der zwischen einer lästigen Störung und einer direkten physischen Gewalteinwirkung durch einen Angreifer, der Nacht für Nacht vorbeikäme, um die Menschen aus dem Schlaf zu reißen. Entsprechend seien die katastrophalen gesundheitlichen Folgen des Bahnlärms im Rheintal abzusehen. Es sei schon jetzt äußerst spannend, sich auch nur vorzustellen, wie die Verantwortlichen eines Tages erklären wollen, dass ihnen das nicht bewusst war und weshalb sie darauf nicht reagiert haben.

Verfassungswidrig sei auch die Untätigkeit der Politik in Bezug auf die Novellierung der Immissionsschutzgesetze sowie die Erklärung, der

Stand des Wissens sei der jeweils bei Verabschiedung der Gesetze zugrunde gelegte Stand. Wer so argumentiert, würde, so Pro Rheintal, jeglichen Fortschritt einfrieren. Es gehe vielmehr darum, den jeweiligen Stand des Wissens in angemessenen Perioden zu hinterfragen und entsprechend die Gesetze zu novellieren. Juristen wie der frühere Vorsitzende Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Ulrich Storost würden dem Parlament in Sachen Immissionsschutz seit langem ein verfassungsrechtlich bedenkliches Maß an gesetzgeberischer Abstinenz vorwerfen.

Rechtlich bedenklich sei auch die Unterteilung von Bahnstrecken in Neubau- und Bestandsstrecken. Wenn eine Eisenbahn im Jahre 1860 dreimal am Tag mit einem kleinen Zug, 40 km/h langsam und pro Waggon keine fünf Tonnen schwer, durch das Rheintal fahren durfte, sei das nicht zu vergleichen mit dem Recht, das jemand beansprucht, der 150 Jahre später mit 500 Zügen und 22,5 Tonnen Achslast bei Tempo 120 km/h Tag und Nacht durch das Rheintal rast. Daraus dann auch noch abzuleiten, dass man den Besitzer dieser Eisenbahn, nämlich den Bund, aufgrund des Bestandsschutzes um 11 dB(A) bei den Lärmgrenzwerten entlasten müsse, sei mehr als ungerechtfertigt.

Es fehle nach wie vor der politische Wille, den Menschen einen Anspruch auf Lärmschutz zu gewähren, hierfür die Gesetze zu novellieren und den Bestandsschutz aufzuheben. Darin liege aber der Kern allen Übels, weil dadurch wirklicher Fortschritt verhindert werde. Daher müsse durch eine Gesundheitsstudie, die zu einem sofortigen Nachtfahrverbot für laute Güterzüge führe, das Ausmaß der gesundheitlichen Folgen untermauert werden. Nur so sei eine tatsächliche Lösung des Lärmproblems in Sicht, denn eine wirkliche politische Lösung sei nach heutigen Erkenntnissen auch nach der Wahl nicht zu erwarten.

Das Bundesverkehrsministerium hat kürzlich in einem Schreiben an Pro Rheintal zum Thema Nachtfahrverbot darüber informiert, dass auf europäischer Ebene bisher kein Konsens zu erzielen war, der es erlaube, in Einzelfällen und zum Schutz der Bevölkerung betriebliche Einschränkungen zu veranlassen. Man setze sich aber dafür ein, dass alle Waggon umgerüstet und Graugussbremsen verboten werden.

Die Inhalte und Ergebnisse des Politikerfragebogens sind auf der Pro-Rheintal-Webseite unter www.pro-rheintal.de einzusehen.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild 1: Die Proteste gegen Verkehrslärm wie am vergangenen Wochenende in Wiesbaden nehmen zu. Verkehrslärm bei Tag und bei Nacht brachte erneut mehr als 3.000 Menschen auf die Straße!



Bild 2: Ohne Rücksicht auf die Anwohner werden wie in Rhens Weichen direkt vor Häusern platziert, mit der Folge, dass bei jeder Zugüberfahrt mächtige Schläge zu hören und zu spüren sind.



Bild 3: Wie die Mühlen mahlen sich die schweren Loks und Güterzüge auf rauen Rädern durch das Rheintal und verursachen dabei mehr als 100 dB(A) an Lärm.